

Die wirtschaftlichen Herausforderungen Kroatiens

Zusammenfassung des Vortrages von Ivo Bićanić, Professor an der Wirtschaftsuniversität Zagreb

9. März 2002

Ivo Bićanić präsentiert eine politische, gesellschaftliche und vor allem wirtschaftliche Analyse der Art und Weise, wie Kroatien im letzten Jahrzehnt die Wende des Jahres 1989 und den Übergang von einem autokratischen, fremdenfeindlichen und nationalistischen Regime zu einem demokratischen Staat bewältigt hat. Einleitend spricht er über die Dimensionen und die Situation des kleinen Landes Kroatien, das etwa so groß ist wie Groß-Mailand oder St. Petersburg, dessen BNP etwa ein Sechstel jenes von Dänemark aufweist und dessen Pro-Kopf-Einkommen einem Drittel des Pro-Kopf-Einkommens in Österreich entspricht. Darüber hinaus erwähnt Bićanić, dass es im letzten Jahrzehnt "für jene, die dem früheren Regime nicht nahegestanden waren, nicht einfach gewesen ist, über Kroatien zu sprechen". Kroatien lag und liegt für manche noch immer "am Rand von Europas schwarzem Loch".

Durch die neue Regierung von Präsident Stjepan Mešić und Premierminister Ivo Račan, wurde Kroatien – wie es Bićanić provokant formuliert - "plötzlich zum Liebling der Welt". Die jüngsten dramatischen Veränderungen in Kroatien haben allerdings weniger mit dem Land selbst und mit den stets "freundlichen Herren" an der Spitze der Regierung zu tun, als vielmehr mit den westlichen Ländern und ihrem internationalen Einfluss. "Der Fall Kroatien scheint die Politik, die der Westen gegenüber unliebsamen Staaten und inakzeptablen Regierungen verfolgt hat, eindeutig und vollständig zu rechtfertigen", stellt Bićanić fest. Durch die Androhung von Sanktionen, und das Beharren auf der Umsetzung von demokratischen Prinzipien und der Einhaltung der Menschenrechte seitens einzelner Länder wie etwa der Vereinigten Staaten und Südafrika bis zu internationalen Organisationen wie dem Europarat oder dem Internationalen Währungsfonds kam es zum Entstehen eines neuen Kroatiens als "Prototyp" für diese Art von Politik. Diese politischen Maßnahmen, die Ende der neunziger Jahre zum "Schlüsselprinzip" bei der Behandlung von "Schurkenstaaten" erhoben wurden, kamen allerdings nicht nur auf dem Balkan (Jugoslawien, Bosnien, Herzegowina) zur Anwendung, sondern auch in anderen Teilen Europas (Weißrussland) und im Rest der Welt (Iran, Indonesien, Nigeria).

In seiner Analyse spricht Bićanić davon, dass Kroatien durch die Androhung von Sanktionen in folgenden Bereichen betroffen war: in seiner Außenpolitik gegenüber Bosnien und der Herzegowina, im Bereich der Menschenrechte (insbesondere in bezug auf Minderheiten), dem nach wie vor bestehenden mangelnden Demokratieverständnis, im

Bereich der Medien (öffentlich-rechtliches Fernsehen), in allen Bereichen der Wirtschaft (Washingtoner Konsenspolitik), auf dem Finanzsektor (Kredite und Fonds) sowie im sozialen Bereich durch den Ausschluss von Einzelpersonen und Unternehmen aus der internationalen Gemeinschaft.

Die neue kroatische Regierung, die durch "Wähler zustande kam, die für die Wende stimmten" versucht nun, der internationalen Gemeinschaft zu beweisen, daß es in all diesen Bereichen tatsächlich zu einer Änderung kommen wird. In Zusammenhang mit gerade diesem Paradigma bringt Bićanić seinen ernsthaften Zweifel zum Ausdruck: "Ich bin alles andere als überzeugt, dass die Androhung von Sanktionen wirklich wirksam ist, und auch der Ausgang der Wahlen ist weniger eindeutig ausgefallen als man es wünschen würde. Ganz besonders zweifle ich daran, dass zwischen den angedrohten Sanktionen und dem Wählerverhalten ein Zusammenhang besteht." Für Bićanić ist ein Großteil des Optimismus, der von der neuen Regierung verströmt wird, unbegründet, und durch die Demontage "einer der harmlosesten Formen eines von den Kommunisten errichteten Sozialismus ("selfmanaged socialism")" hat die neue Regierung diese Regierungsform im letzten Jahrzehnt durch eine "extrem hässliche Form des Kapitalismus – einen 'Freunderlwirtschaft-Kapitalismus' ersetzt.

Unter "Freunderlwirtschaft-Kapitalismus" versteht Bićanić "eine kapitalistische Wirtschaft, in der die Märkte im Vergleich zur Freunderlwirtschaft eine nur untergeordnete Rolle spielen. Diese Freunderlwirtschaft könne sich auf verschiedenen Ebenen abspielen: in der Familie, im Dorf, in der Region, innerhalb von Nationalitäten, Parteien oder Schulen etc. In all seinen Erscheinungsformen wird diese Art des Kapitalismus dazu führen, "dass Andersdenkende ausgeschlossen werden, mangelnde Transparenz an den Tag gelegt wird, einen schwachen Staat entsteht, Verständnis für den Mitmenschen in den Hintergrund rückt und eine Furcht vor Außenstehenden entsteht." Das größte Problem sieht Bićanić bei dieser Form des Kapitalismus darin, dass er durch Missachtung der Gesetze bei der Erreichung von Zielen der Korruption Vorschub leistet, Gelder reicher Unternehmen abschöpft und in private Taschen fließen lässt, Geheimabsprachen zwischen Unternehmen und Renditegeilheit fördert, Politiker unter Druck setzt und schließlich sich weigert, Kontrollmechanismen einzuführen, die dem geschwächten Staat den Weg zur Rechtsstaatlichkeit ebnen würden. Wie auch in anderen Staaten ist diese Form des Kapitalismus in Kroatien sozusagen "systemimmanent" und wird sogar von den Gesetzgebern unterstützt..

Mit anderen Worten hat sich laut Bićanić diese missliche Lage selbst zuzuschreiben. Sie wurde dem Land weder von außen noch von innen aufgezwungen (das nationalistische Regime, das zu ihrem Entstehen geführt hat, hatte drei freie und faire Wahlen gewonnen), sie war nicht die Folge eines Krieges und in manchen Fällen sogar das "Ergebnis guter Absichten". Bićanić interpretiert die "gegenwärtige Wirtschaftskrise" oder "Jahrhundertkrise", in der sich die Republik Kroatien befindet, als eine Kette von Entscheidungen, die zum Freunderwirtschafts-Kapitalismus geführt, zu einem System, das für die Wirtschaft eine Unzahl von Problemen schafft: niedrigere Wachstumsraten, ungehinderte Firmenzusammenschlüsse, Rezession (negatives Wachstum in allen Quartalen von 1999), schlechte Zahlungsmoral sowohl im Bereich der Geschäftsunternehmen als auch des Staates, steigende Auslandsverschuldung, Steigerung der Arbeitslosigkeit um weitere 20.000, große Budgetprobleme, hohe Abhängigkeit und niedrige Privat- und Auslandsinvestitionen. Was Bićanić der kroatischen Wirtschaft zugesteht, sind stabile (wenn auch überhöhte) Wechselkurse und eine extrem niedrige Inflationsrate.

Neben dem Freunderwirtschafts-Kapitalismus, der nach Bićanić zu Kroatiens "nicht lebensfähiger Wirtschaft" geführt hat, gibt es ein doppeltes Problem: die Bewältigung der Wende und die Reetablierung ihrer Legitimität. Erst wenn die Probleme dieser "zweiten Wende" überwunden sind, besteht eine Chance, dass auch die wirtschaftlichen Probleme gelöst werden können. Ein weiteres Problem sieht Bićanić in der "mangelnden Erfahrung" der neuen Regierung, die letztendlich auf das autoritäre Regime zurückzuführen ist, das "mit Ausnahme der treuesten und loyalsten Gefolgsleute alle anderen daran gehindert hat, Erfahrung in der Führung eines Landes zu sammeln." Das "Learning by doing", das Bićanić innerhalb der ersten vierzig Tage der neuen Regierung beobachtet hat, ist nicht nur teuer, sondern führt auch zu beträchtlichen sozialen Spannungen, die wiederum die Glaubwürdigkeit der Regierung untergraben.

Bićanić ist dennoch überzeugt, dass "die Erfolgchancen sehr hoch sind". Der Wirtschaftsfachmann gründet seinen Optimismus auf zwei Faktoren: (1) Die Unumkehrbarkeit der Veränderungen ist gewissermaßen die Garantie dafür, dass es in Kroatien nicht zu einer Rückkehr zu einem autokratischen nationalistischen Regime kommen wird. (2) Der Einfluss des Staates wird zurückgedrängt werden, wobei die Vormachtstellung von Streitkräften und Polizei eingeschränkt werden wird. Darüber hinaus sind in Südosteuropa neue wirtschaftliche Verbindungen und Möglichkeiten im Entstehen, und letztlich zeichnet sich auch Hilfe von außen und "ein echtes Interesse daran ab, dass Kroatien seine temporären Schwierigkeiten überwindet."

Bićanić schließt seine Ausführungen mit Worten der Würdigung für Politiker wie Bruno Kreisky, deren Ehrlichkeit und aufrichtiges Bekenntnis zu ihren Visionen seinen Glauben "an eine gute Lösung und möglichen Erfolg" bestärkt.